

Das Institut Solidarische Moderne – Ziele, Aufgaben, Projekte *Beschlossen auf der 1. Mitgliederversammlung, 26. Juni 2010 in Berlin*

1. Vorbemerkung

Die öffentliche Resonanz und die erfreuliche Mitgliederentwicklung des Instituts Solidarische Moderne zeigen, dass es vor allem unter politisch Interessierten und Aktiven ein starkes Bedürfnis nach Austausch über ein zukunftsträchtiges linkes Projekt gibt. Attraktiv erscheint vielen eine Form der Verständigung, die politische Partei- und Lagergrenzen bewusst überschreitet. Der Tenor vieler Gespräche, die wir geführt haben, lautet: Ihr habt ein Pfund in der Hand, macht etwas daraus! Der Vertrauensvorschluss, mit dem unsere Initiative bedacht worden ist, erfordert eine Konkretisierung der Ziele und Vorhaben und eine Arbeitsweise, die sowohl Partizipation als auch effektives Vorgehen ermöglicht.

2. Zur Lage

Es ist fast schon ein Gemeinplatz, dass die Bundesrepublik ebenso wie andere entwickelte Länder eine Umbruchphase durchläuft, in der grundlegende Weichenstellungen erfolgen, die über den künftigen gesellschaftlichen Entwicklungspfad entscheiden. Im Kontext einer ökonomisch-ökologischen Doppelkrise ist die soziale Frage mit Wucht in die politische Arena zurückgekehrt, ohne dass bereits klar wäre, wie zeitgemäße Antworten aussehen könnten. Gleichzeitig wird deutlich, dass die bloße Wiederbelebung konventionellen Wirtschaftswachstums keinen Ausweg aus der Krise bietet, weil es unweigerlich mit steigender und unwiederbringlicher Ressourcenverschwendung verbunden wäre und den von Menschen verursachten Klimawandel mit seinen zerstörerischen Folgen weiter forcieren würde. Wir stehen vor einer dramatischen Entscheidungssituation: Entweder es gelingt, Wachstumsgesellschaften ökologisch und sozial nachhaltig zu gestalten, oder es wird nötig, Nichtwachstumsgesellschaften dauerhaft und mit hohem Aufwand wirtschaftlich, sozial, politisch und kulturell zu stabilisieren.

Dies vor Augen, müssen wir feststellen, dass sich das politische System (nicht nur) hierzulande in einem trostlosen Zustand befindet. Vor allem die regierenden Formationen

zeichnen sich durch eine Erschöpfung politischer Optionen und Orientierungen aus. Diese Erschöpfung bleibt mit Blick auf die aktuelle politische Machtkonstellation aber relativ folgenlos, weil es an einem glaubwürdigen Alternativkonzept fehlt. Gegenwärtig sehen wir uns mit einer gefährlichen Lähmung der politischen „Eliten“ konfrontiert, die im besten Fall ein Umsteuern verzögert, im schlimmsten Fall aber zu Legitimationsproblemen der Demokratie führen kann. Dazu einige Spotlights:

- Trotz globalen Versagens des Marktradikalismus bestimmen neoliberale Doktrinen und deren Verteidiger nun die Sparzwang-Debatte im öffentlichen Diskurs. Auch wenn der radikalisierte Neoliberalismus auf den ersten Blick zahnlos erscheinen mag, bereitet er doch eine Rechnung vor, die der Bevölkerung im Gefolge der Wirtschaftskrise präsentiert werden soll: Die Zeichen stehen auf radikale Infragestellung des Sozialstaates, auf verschärfte Verteilungskämpfe und autoritäre Einschränkung des Handlungsspielraums oppositioneller Kräfte (siehe z.B. die beginnende Debatte über das Streikrecht oder die Auslassungen zum sog. „Extremismus“-Problem). Das aktuelle Sparpaket ist wohl nur der Auftakt für eine Serie harter Auseinandersetzungen, bei der es um nicht weniger als um die Zukunft des Sozialstaates gehen wird.
- Da die Unionsparteien gezielt inhaltliches Terrain einer (wirtschaftsnahen) Sozialdemokratie besetzen, spielen sich einige Auseinandersetzungen scheinbar innerhalb des Regierungslagers ab. Die Zustimmung zu Schwarz-Gelb sinkt; in den Umfragen befindet sich Schwarz-Gelb geradezu im Sinkflug. Und doch wird die Bundesregierung auf der Berliner Bühne nicht ernsthaft herausgefordert, weil es derzeit an einer realistischen politischen Alternative fehlt.
- Hauptgrund ist die Mobilisierungsschwäche der linken Opposition, die u. E. im Wesentlichen fünf Ursachen hat: (1) die Identitätskrise der Sozialdemokratie, die vor allem durch das Scheitern der Agenda-Politik ausgelöst wurde und sich – siehe Italien – zu einer politischen Existenzkrise ausweiten kann; (2) die programmatischen Unklarheiten und der Hang zur Selbstbeschäftigung innerhalb der Linken sind Schwächen, die es Gegnern von Linksbündnissen häufig leicht macht, die Partei auszugrenzen; (3) die Strategie der sogenannten „Eigenständigkeit“ der Grünen Partei, der die Vorbereitung einer konkreten machtpolitischen Alternative erschwert sowie die Rechtsentwicklung eines Teils der Partei, der in einigen Bundesländern bereits für eine Kontinuität konservativ geführter Regierungen gesorgt hat, (4) ein

gewerkschaftlicher Krisenkorporatismus, der – mit dem Hauptziel eines Erhalts industrieller Kerne und vorhandener Beschäftigungsstrukturen – kurzfristig-pragmatisches Krisenmanagement gegen Elitenakzeptanz und Zugeständnisse bei der Beschäftigungssicherung eintauscht, dabei aber seine Konfliktfähigkeit einbüßt sowie (5) eine akute Mobilisierungsschwäche sozialer Bewegungen, die gegenwärtig nicht genau wissen, wo außerparlamentarische Oppositionspolitik erfolgreich ansetzen kann.

Alle diese Akteure haben das Problem, dass sie sich gegenwärtig nicht auf ein überzeugendes, unterschiedliche Stärken kombinierendes und heterogene strategische Ansätze bündelndes Projekt verständigen können, das in die Gesellschaft hinein ausstrahlen könnte. Diese programmatische und vor allem politisch-strategische Schwäche der gesamten linken Opposition beschwört eine paradox anmutende Konstellation herauf: Selbst wenn sich im Wähler-Votum linke Mehrheiten abzeichnen, entstehen daraus noch keine linken Regierungskoalitionen, sondern bleibt es bei der dominierenden Stellung der CDU/CSU, solange sie in der Lage ist, das Verbotsschild für eine rot-grün-rote Regierungsbildung zu setzen. Linke Mehrheiten bleiben Zufallsmehrheiten, weil ein attraktives, parteiübergreifendes linkes Zukunftsprojekt nicht sichtbar ist und auch das Personal fehlt, das bereit wäre, ein solches Projekt langfristig und strategisch anzugehen. An dieser Schwäche setzt die Gründung des ISM an. Ziele und Aufgaben des ISM müssen in diesem Kontext bestimmt werden. Es geht darum, die Strategiefähigkeit einer linken Opposition zu verbessern und eine reale alternative Machtoption basierend auf einer überzeugenden Programmatik zu erschließen.

3. Ziele und Selbstverständnis

3.1 Ziele

Wir halten es für sinnvoll, dass das ISM vor allem drei Ziele verfolgt:

ZIEL EINS: ANSTÖSSE FÜR EINE VERSTÄNDIGUNG ÜBER EIN GESELLSCHAFTLICHES REFORMPROJEKT, DAS MITTEL- UND LANGFRISTIG TRÄGT.

Dazu ist es notwendig und sinnvoll, beispielhaft politisch-programmatische Alternativen zu Schlüsselfragen an Nahtstellen des öffentlichen Diskurses zu formulieren. Dabei muss das Rad nicht immer neu erfunden werden. Nicht zwangsläufig notwendig sind aufwendige neue Forschungen oder völlig neue Ideen. Es kommt eher darauf an, eine Art Monitoring zu ausgewählten Themen zu betreiben, bereits Vorhandenes zu sichten und es so zu bündeln, dass mit programmatischen Ideen Politik gemacht werden kann. Und es gilt, einen

systematischen wissenschaftlich-politischen Dialog rund um diejenigen Fragen zu organisieren, die sich ansonsten regelmäßig als Sollbruchstellen gesellschaftspolitischer Debatten auf der Linken erweisen. Hauptziel eines solchen Prozesses muss es u. E. sein, bei aller Unterschiedlichkeit und notwendigen Pluralität die inhaltlichen Gemeinsamkeiten zwischen linken Parteien und gesellschaftlichen Träger_innen eines alternativen Projekts auszuloten. In diesem Fall würde das ISM als eine Programmwerkstatt für ein linkes Crossover agieren.

ZIEL ZWEI: VERTRAUENSBIILDUNG ZWISCHEN MÖGLICHEN PROTAGONIST_INNEN GRÜN--ROT-ROTER BÜNDNISSE

Wie die Erfahrungen in Thüringen, in Hessen, im Saarland und jüngst in Nordrhein-Westfalen lehren, scheitern linke Reformbündnisse nicht zuletzt an Personen, an wechselseitigen Animositäten, an einer innerlinken Konkurrenz- und Misstrauenskultur. Das ISM soll einen Betrag leisten, Vertrauen zwischen möglichen Protagonist_innen eines linken Reformbündnisses herzustellen. Dazu ist ein Veranstaltungstyp nötig, der – ohne jede Art von innerlinker Ausgrenzung – diese Protagonist_innen samt der von ihnen vertretenen Programmatik in die Debatte einbezieht. Das ISM kann hier als Forum und Veranstalter für einen entsprechenden Austausch agieren.

ZIEL DREI: SELBSTVERSTÄNDNIS UND POLITIKSTIL EINER MOSAIKLINKEN ENTWICKELN

Mosaik-Linke meint nicht nur, dass die einzelnen Akteure eines gesellschaftspolitischen Reformprojektes je an ihrem gesellschaftlichen Ort mit ganz unterschiedlichen Handlungsbedingungen und Durchsetzungschancen konfrontiert sind. Der Begriff verweist auch darauf, dass die Differenzierung der Gesellschaft eine Spezialisierungsstufe erreicht hat, die es ausschließt, dass einzelne Akteure eines Teilbereiches noch lernen können, in politischen Gesamtentwürfen zu denken und zu handeln. Die Mosaiklinke lässt sich am besten als eine Ansammlung von Personen und Gruppierungen begreifen, die sich ihre eigene Position innerhalb ihres sozialen Mikrokosmoses immer wieder vergegenwärtigen und sich sodann um die progressive Veränderung der Kräfteverhältnisse in ihrem jeweiligen Handlungsfeld bemühen. Solche Veränderungen können dann zur Voraussetzung feldübergreifender Handlungsfähigkeit werden. Sie könnten außerdem in der Verbindung mit kollektivem, in sich schlüssigen und machtvollen Protest verbunden überzeugende gesellschaftliche Alternativen ermöglichen. Gerade die Unterschiedlichkeit der Erfahrungen, Kompetenzen und Zugänge böte dann die Chance, die aus den Widersprüchen des zeitgenössischen Finanzmarkt-Kapitalismus hervorgehenden Gegenkräfte zu einem wirkungsmächtigen emanzipatorischen Reformprojekt zusammen zu fügen.

Das ISM will exemplarisch zeigen, dass und wie eine solche Mosaiklinke politisch produktiv gemacht werden kann. Dabei gilt, dass jeder Mosaikstein in seiner Einzigartigkeit benötigt wird, um schließlich ein „Gesamtkunstwerk“ hervorzubringen. In der Konsequenz heißt das z.B. auch: Wissenschaftler_innen agieren als Wissenschaftler_innen und als Citoyens (Bürger, der in der Tradition und im Geist der Aufklärung aktiv und eigenverantwortlich am Gemeinwesen teilnimmt und dieses mitgestaltet), ohne dabei die „besseren Politiker“ sein zu wollen. Umgekehrt dürfen Politiker_innen Wissenschaftler_innen nicht auf einen „Lieferantenstatus“ reduzieren, ansonsten verlieren letztere ihre Glaubwürdigkeit und damit zugleich ihre Wirkungsmacht im politischen Feld. Wir stoßen hier allerdings auch auf eine Schwäche der Metapher vom Mosaik, bleiben doch die Steine, aus denen es zusammengesetzt wird, als solche unverändert. In der Mosaiklinken sollte das nicht der Fall sein: mit dem Gelingen der Kombination verändern sich Zug um Zug auch ihre Elemente.

3. 2 Selbstverständnis

Akzeptiert man diese Ziele, ergeben sich Konsequenzen für das Selbstverständnis des ISM. Das Institut ist weder soziale Bewegung noch Wählerinitiative, sondern Programmwerkstatt und demokratischer Kulturverein mit einer Doppelfunktion: Es unterstützt gesellschaftliche Kräfte bei der Entwicklung eines emanzipatorischen Reformprojekts und es bemüht sich um die Realisierung einer entsprechenden Machtoption. Unter den gegebenen Bedingungen kann dies nur ein rot-rot-grünes Projekt sein.

Aus diesem Selbstverständnis ergeben sich einige weitere Eckpunkte für ISM-Aktivitäten:

- Das ISM ist dem Crossover-Gedanken verpflichtet, erhebt aber keinen Copyright-Anspruch. Anders gesagt: Wir freuen uns, wenn sich auch andere Initiativen diesem Gedanken verpflichtet sehen.
- Das ISM ist kein Ersatz für andere linke Zusammenhänge, Foren, Initiativen etc.; es will nicht an die Stelle anderer Organisationsformen treten, sondern bemüht sich um den steten Austausch mit Initiativen ähnlicher Ausrichtung.
- Priorität hat der Kampf um die Köpfe, der Kampf um andere Hegemonien, also andere Stimmungen an Stammtischen, in Talkshows, auf Familienfeiern, in Werkskantinen und Internetforen sowie in Hörsälen. Wir wollen alternative Konzepte befördern und – als Bedingung für deren Realisierung – eine nachvollziehbare und aktivierende Gesellschafts- und Kapitalismuskritik auf der Höhe der Zeit etablieren.

Dies wird auch zur Intervention in Wahlkämpfe führen, auch wenn Wählermobilisierung in erster Linie die Aufgabe der politischen Parteien bleibt.

- Die Entwicklung von konzeptionellen Ideen und Reformprojekten ist zunächst eine Angelegenheit ohne unmittelbare Massenwirkung (vgl. z.B. das Agieren der Bertelsmann-Stiftung). Das schließt jedoch nicht aus, dass gute Ideen und Konzepte zu gegebener Zeit der breiten gesellschaftlichen Kommunikation bedürfen. Dabei geht es nicht um „Popularisierungen“ im Sinn des Einknickens vor oder gar der Mobilisierung von Ressentiments, sondern um das Verbreiten und die wirksame Verankerung von alternativen Deutungsmustern der gegebenen gesellschaftlichen Möglichkeiten.
- Dabei arbeiten Politiker_innen und Bewegungsaktivist_innen mit Wissenschaftler_innen zusammen. Wissenschaftler_innen erarbeiten vor allem Konzepte und strukturierende Ideen. Koalitionspräferenzen lassen sich jedoch nicht „letztinstanzlich“ wissenschaftlich begründen; hier zählt vor allem der politische Wille. Das ISM nutzt wissenschaftliche Kompetenz in der Breite der Mitgliedschaft und der Sympathisierenden. Es vermeidet jedoch die Instrumentalisierung von Wissenschaft.

4. Projekte

Wichtigste Aufgabe in der vor uns liegenden Phase ist die Entwicklung von alternativer Expertise auf der Grundlage unseres Selbstverständnisses. Interventionen in die öffentlichen Debatten müssen stets versuchen, die Attacke gegen den politischen Gegner mit einer Vermittlung politischer Alternativen zu verbinden.

Ein Beispiel: In die Sozialstaatsdebatte wäre auf der Basis einer Expertise zu agieren, die herausarbeitet, wie eine am workfare-Prinzip – also an Arbeitszwang – orientierte Sozialpolitik sowohl die demokratischen Rechte von Erwerbslosen untergräbt wie die Verhandlungssituation der Beschäftigten verschlechtert und somit Lohndumping befördert. Zudem sollte eine solche Expertise Alternativen zur Grundsicherung á la Hartz IV formulieren.

Unabhängig von tagesaktuellen Fragen sehen wir vor allem bei folgenden Themenkomplexen einen Bedarf an Verständigung und (Gegen-) bzw. alternativer Expertise:

- Emanzipatorischer, demokratischer Sozialstaat: z.B. zu der Frage, wie soziale Grundrechte garantiert, Öffentliche Güter frei zugänglich angeboten und Geschlechtergerechtigkeit befördert werden können.
- Humanistische Bildung: Die Verwirklichung gerechter Bildungschancen und einem Bildungsbegriff, der ganzheitlich ist und an emanzipativer, kultureller und ästhetischer Bildung ausgerichtet ist.
- Transformation der Ökonomie: z. B. Überprüfung, Kritik und ggf. Neudefinition des Wachstumsbegriffs, Konversion der Produktion und des Konsums, Energiewende hin zu 100 Prozent erneuerbare Energien, Beförderung solidarischer Ökonomie.
- Restrukturierung der Arbeitswelt: z. B. Entprekariisierung und Humanisierung der Erwerbsarbeit, konsequente Erwerbsarbeitszeitverkürzung, gemeinwohlorientierter Arbeitssektor; arbeits- und sozialrechtliche Gleichstellung unterschiedlichster Tätigkeitsformen und Umverteilung derselben zwischen den Geschlechtern (das heißt, es geht um die Gleichwertigkeit von politischer Einmischung-, Muße-, Familien-, Sorge-, Ehrenamts-, Reproduktions- und Erwerbsarbeit).
- Ausbau der Demokratie: z. B. neue Wirtschaftsdemokratie, direkte Demokratie, demokratische Selbstverwaltung, Internationalisierung von Demokratie. Der Einsatz für den Ausbau der Demokratie bedeutet auch, sich der von den Massenmedien gestützten fortschreitenden Entpolitisierung und damit Entdemokratisierung des gesellschaftlichen Lebens zu widersetzen.
- Neue Reformpolitik, neuer Politikstil: z. B. Analyse der Ursachen für das Scheitern von Mitte-Links-Regierungen, Mobilisierungsfähigkeit in- und außerhalb von Regierungsbündnissen, Regierungslinke und radikale Kritik, Erneuerung der Zivilgesellschaft, Neujustierung des Verhältnisses institutionalisierter und außer- oder antiinstitutioneller Politik und die verstärkte Nutzung des Internets als Werkzeug der Demokratie.

Für die Umsetzung all dieser Vorhaben gibt es kein Patentrezept. In vielerlei Hinsicht betreten wir neue Pfade. Wir werden bei diesem Weg durchs Neuland immer wieder die eigene Praxis hinterfragen und gemeinsam neue Methoden entwickeln müssen. Da wir die gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse grundlegend verändern wollen, werden wir auf Widerstand stoßen. Allen Widrigkeiten zum Trotz freuen wir uns jedoch auf den gemeinsamen Aufbruch in eine solidarische Moderne.